

INSTITUT
MARXISMUS-
LENINISMUS
Bibliothek

Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands,
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 11	Einzelnummer 40 Pfennig Erscheint wöchentlich Samstags	Frankfurt a. M., 3. Juli 1920	Inserate 4 gespaltene Vertikalzeile 1.20 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt.	1920
--------	---	-------------------------------	---	------

Was will die Kommunistische Arbeiterpartei?

(Fortsetzung.)

Der Rätegedanke steht in der Periode des proletarischen Kampfes um die politische Macht im Mittelpunkt der revolutionären Fortentwicklung. Das mehr oder weniger starke Echo, das der Rätegedanke jeweilig im Massenbewußtsein weckt, ist der Gradmesser für die Entwicklung der sozialen Revolution. Der Kampf um die Anerkennung revolutionärer Betriebsräte und politischer Arbeiterräte im Rahmen einer bestimmten revolutionären Situation wächst sich folgerichtig aus zum Kampf um die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur des Kapitalismus. Dieser revolutionäre Kampf, dessen eigentliche politische Achse der Rätegedanke bildet, richtet sich mit historischer Notwendigkeit gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung und folglich auch gegen ihre politische Ausdrucksform, den bürgerlichen Parlamentarismus. Räteystem oder Parlamentarismus? Das ist die Frage von weltgeschichtlicher Bedeutung. Aufbau einer proletarisch-kommunistischen Welt oder Untergang im Sumpf der bürgerlich-kapitalistischen Anarchie? Inmitten einer so durch und durch revolutionären Situation wie gegenwärtig in Deutschland bedeutet also die Beteiligung am Parlamentarismus nicht nur die Sabotage des Rätegedankens, sondern darüber hinaus die Galvanisierung der in Verwesung befindlichen bürgerlich-kapitalistischen Welt und damit die mehr oder weniger gewollte Verzögerung der proletarischen Revolution.

Neben dem bürgerlichen Parlamentarismus bilden die Gewerkschaften das Hauptbollwerk für die Fortentwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland. Ihre Haltung im Weltkrieg ist bekannt. Ihr entscheidender Einfluß auf die grundsätzliche und taktische Stellungnahme der alten Sozialdemokratischen Partei führte zur Proklamierung des „Burgfriedens“ mit der deutschen Bourgeoisie, was gleichbedeutend war mit der Kriegserklärung an das internationale Proletariat. Ihre sozialverräterische Wirksamkeit fand ihre logische Fortsetzung bei Ausbruch der November-Revolution in Deutschland, wo sie ihre konterrevolutionäre Gesinnung durch den Abschluß einer wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit dem zusammenbrechenden deutschen Unternehmertum dokumentierten. Ihre konterrevolutionäre Tendenz haben sie während der ganzen Periode der deutschen Revolution bis zum heutigen Tage bewahrt. Die Gewerkschaftsbureaucratie ist es gewesen, die sich am heftigsten dem in der deutschen Arbeiterklasse immer stärker Wurzel schlagenden Rätegedanken widersetzte und die sich aus den ökonomischen Massenaktionen folgerichtig ergebenden politischen Tendenzen mit dem Ziel der politischen Machtergreifung durch das Proletariat erfolgreich zu

paralisieren verstand. Der konterrevolutionäre Charakter der gewerkschaftlichen Organisationen ist so offenkundig, daß zahlreiche Unternehmer in Deutschland die Einstellung von Arbeitern von der Zugehörigkeit zu einem gewerkschaftlichen Verbands abhängig machen. Damit ist vor aller Welt enthüllt, daß die Gewerkschaftsbureaucratie an der künstlichen Aufrechterhaltung des in allen Fugen krachenden kapitalistischen Systems tätigen Anteil nimmt. Die Gewerkschaften sind somit neben den bürgerlichen Fundamenten einer der Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates. Daß dieses konterrevolutionäre Gebilde nicht von innen heraus im revolutionären Sinne umgestaltet werden kann, ist durch die Gewerkschaftsgeschichte der letzten 1 1/2 Jahre hinreichend bewiesen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften ist keine Personenfrage. Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen liegt in der ihnen eigentümlichen Struktur und ihrem System selber. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die logische Folgerung, daß nur die Zerrümmern der Gewerkschaften selbst die Bahn frei macht für den Fortgang der sozialen Revolution in Deutschland. Für den sozialistischen Aufbau ist anderes notwendig als diese fossilen Organisationen.

Aus den Massenkämpfen heraus ist die Betriebsorganisation entstanden. Nicht in dem Sinne neu, daß sie auftaucht als etwas nie auch nur ähnlich Dagewesenes, aber neu in dem Sinne, daß sie während der Revolution überall herauspringt als notwendige Waffe des Klassenkampfes gegen den alten Geist und das ihm zugrunde liegende alte Fundament. Sie entspricht dem Rätegedanken und ist demnach durchaus keine bloße Form oder neue Organisationspielerei oder gar eine mystische Wunderblume, sondern sie ist die organisch in die Zukunft wachsende, Zukunft bildende Ausdrucksform einer Gesellschaftsrevolution, die auf die klassenlose Gesellschaft hinstrebt. Sie ist reine proletarische Kampforganisation. Nicht in Verufe zerrissen, abseits seines Kampfbodens kann das Proletariat für den restlosen Umsturz der alten Gesellschaft organisiert sein, das muß im Betrieb vor sich gehen. Hier steht einer neben dem andern als Klassengenosse, hier muß jeder stehen als Gleichberechtigter. Hier steht die Masse als Triebwerk der Produktion, drängt ununterbrochen, es zu durchschauen und selbst zu leiten. Hier geht der geistige Kampf, die Revolutionierung des Bewußtseins in unaufhörlichem Sturm von Mann zu Mann, von Masse zu Masse. Alles gerichtet auf das höhere Klasseninteresse, nicht auf Vereinsmeierei, das Berufsinteresse eingeeengt auf das ihm zukommende Maß. Eine solche Organisation, das Rückgrat der Betriebsräte, wird zu einem unendlich beweglichen Instrument des Klassenkampfes, zu einem durch ständig mögliche Neuwahlen, Abberufungen usw. immer von frischem Blut sprudelnden Organismus. In und mit den Massenaktionen wachsend, wird sich die Betriebs-

20 486852

74

organisation natürlich jene zentrale Zusammenfassung schaffen müssen, die ihrer revolutionären Entwicklung entspricht. Die revolutionäre Entwicklung wird ihre Hauptangelegenheit sein, nicht Programme, Statuten und detaillierte Pläne. Sie ist keine Unterstützungskasse und Lebensversicherung, wenn sie auch selbstverständlich vor der Sammlung für etwa notwendigwerdende Streikunterstützungen nicht ängstlich zurückscheut. Ununterbrochene Propaganda für den Sozialismus, Betriebsversammlungen, politische Diskussionen usw. zählen zu ihren Aufgaben, kurzum, die Revolution im Betrieb.

Das Ziel der Betriebsorganisation ist im großen gesehen ein doppeltes. Das erste geht auf die Zerrümmung der Gewerkschaften, ihres gesamten Untergrundes und des in ihnen konzentrierten unproletarischen Gedankenkomplexes. Kein Zweifel herrscht darüber, daß in diesem Kampf die Betriebsorganisation selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle U. S. P.- und R. P.-Bekennner, die entweder noch unbewußt in alten S. P.-Bahnen sich bewegen (wenn sie auch ein anderes politisches Programm annahmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), oder bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets „oben“ zu halten, höher steht, als der Riesenkampf um das Soziale überhaupt. Vor dieser Bitternis gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein enges Zusammengehen mit der U. S. P. geben, als bis sie die Berechtigung solcher — sicher noch wandlungsbedürftiger und auch wandlungsfähiger — proletarischer Gebilde aus dem Wesen des Rätegedankens anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher erkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen demastieren und vernichten helfen.

Das zweite große Ziel der Betriebsorganisation ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Abwendung von den Gewerkschaften, die entschiedene Loslösung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Loslösung wird der Prüfstein sein müssen für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größtenteils dem Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern pointierte Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei, wie die kommunistische Arbeiterpartei — es sei denn, sie entwickelte sich zu ihrem Verderben rückwärts — schnell fortschreitend und wechselnd, mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassen-solidarität, ihrer proletarischen Klassen-solidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogrammes. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Betriebsorganisation löst ihre Aufgaben im engen Verein mit der R. A. P. D.

Fortsetzung folgt.

Das Ende der parlamentarischen Arbeiterführer.

Die Bewußtseinsform der Menschen ist wie die aller Dinge ein werdendes, kein absolutes Ding. Reaktion ist eine Rückentwicklung, eine Erhebung des niederen Standpunktes über den höheren, der jenen mit Bewußtsein und guter Arbeit des Geistes überwunden hatte. In der Politik ist die Reaktion die Verdrängung der Anfänge besserer Einsicht in den Gang der Entwicklung, durch Anschauungen, die überlebt, geschichtlich tot sind, die unter anderen Worten, aber in Formen den alten verderblichen Charakter wiederbringen. Wer erinnert sich da nicht der Konferenz des Spartakusbundes vom 28. Dezember 1918 und des Beschlusses zur Wahlenthaltung? Wer sieht da nicht den Revolutionspropheten von 1826, der als Bundesgenosse von Rudolf Falb geeignet gewesen wäre, zur Voraussage des Weltunterganges. Der Revolutionsbrahmane mußte ins Parlament. Die Siegelmarke „Reichstagsabgeordneter“ verleiht Legalität, Hecker-Chemnitz strich die Segel ein, Klara verstand das schmachtende Werben und Paul Levi, Kavaliere aus Frankfurt, wird aus dem Wallotbau Parolen geben, — bis 1926.

Wer erinnert sich nicht der Reichsfrauentagung der U. S. P. am 29.-30. November 1918 in Leipzig. Die Berichterstatterin über „Die Frauen und das Räteystem“ schlug große Töne an über die Wertlosigkeit des Parlaments und die Bedeutung der Diktatur des Proletariats. Wer sieht heute nicht Frankfurts Heckenröschen entblättert, am Verblühen. Der Rätejongleur Dikmann kann jetzt mit Erzberger Wurzelbäume schlagen, Robert spricht: „Wer lacht da!“

Sprengung von innen, „den Teufel im Leibe haben“ etc. plappert diese Gesellschaft zur Korruption der proletarischen Revolution. Es nützt nichts mehr, Parlamentarier, in einer Ecke der Weltgeschichte steht Alles homogene (gleichwertige), es stehen dort Moskwa, Heine, die Gallerie wird vervollständigt werden durch das parlamentarische Schachergefinde, wenn das Proletariat zur Tagesordnung übergeht. Das Geschick ereilt sie gleich jenen Mönchen, die im Hurenhaus erwischt wurden.

Ein Hurenhaus geriet um Mitternacht in Brand,
Schnell sprang zum Löschen oder Ketten,
Ein Duzend Mönche von den Betten,
Wo waren die? Sie waren . . . bei der Hand,
Ein Hurenhaus geriet in Brand.

Krisen.

Dieser Artikel ging uns schon vor Bildung der neuen Regierung zu. Wir bringen ihn heute hier zum Abdruck, wenn gleich die Krise für den Augenblick durch die Bildung der Regierung Fehrenbach überwunden zu sein scheint.

(Die Red.)

Die Krisis des Kapitalismus zeugte die Krise der Sozialdemokratie, die Krise der Sozialdemokratie zeugte die Krisis der politischen Parteien, die Krisis der politischen Parteien zeugt die Klassenorganisation der Proletarier aufgebaut auf der Zelle der Dekonomie, dem Betrieb.

Es kriselt überall in den Regierungen, den Parlamenten. Die kapitalistische Wirtschaft ist durch die geschichtliche Notwendigkeit zum Untergange verurteilt, der Sozialismus ist das unvermeidliche Produkt der kapitalistischen Produktionsweise. Mit dem Kapitalismus verschwinden auch alle jene Formen, die zur Ausbeutung und Beherrschung von Menschen dienen.

Die Wahlergebnisse zeigen jeden Beurteiler, dem nicht jeder historische Sinn mangelt, die großen Linien im Gang der politischen Entwicklung. Man ist erstaunt mit welcher Klarheit und Konsequenz die Geschichte die Gegensätze der Klassen in den Bewußtseinsformen der Menschen heraus-

Die soziale Revolution kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedürfen der weltgeschichtlichen Rück Erinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eigenen Inhalt anzukommen. Dort ging die Phrase über den Inhalt, hier geht der Inhalt über die Phrase hinaus.

(Karl Marx.)

Parlamentarismus ist Aberglauben — Totenbeschwörung. Im Parlament rücken Scheidemann, Hilferding, Levi die Tische und zitieren weltgeschichtliche Tote.

arbeitet und zur Anschauung bringt: Bourgeoisie und Proletarier Kapital und Lohnarbeit.

Die Bourgeoisie hat in der Stimmzettelrevolution gefiegt. Der Sieg ist aber nur ein Johannisfeuer, das nur im Juni brennt. Es wird verlöschen, erkalten. Die Koalitionsparteien mit den „Bourgeoissozialisten“ haben eine katastrophale Niederlage erlitten. Kleinbürgerliche Träume von Klassenversöhnung Harmonie sind wie Seifenblasen zerstoßen. Im Lager der Rechtsparteien, wie im Lager der Linksparteien magt niemand das Recht des Bestehens und der wirklichen Tat für sich in Anspruch zu nehmen. Die ausgesprochene Partei der Konterrevolution, die Deutsch-Nationalen sind ziffernmäßig nicht stark genug, einen Versuch zur Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft zu wagen. Unter dessen beginnt die Zerlegung der bürgerlichen Parteien. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum haben bereits die Zugbrücke niedergelassen zur Sammlung unter einer Fahne und einem Programm: Kampf gegen den Bolschewismus. „Und links steht wie Bileams Esel die Partei der „Bourgeoissozialisten“, beschnuppert links und rechts das Bündel Heu und weiß nicht von welchem sie fressen soll. Und die Unabhängige Sozialdemokratie, in mannigfaltige Gegenätze gespalten, schwankt zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion. Von den Parlamentskommunisten kommen dann revolutionäre „Parolen“, sie blasen die Posaunen, daß die Mauern von Jericho einfallen.

Aber wer nicht mehr in Parlamente geht, das sind die kommunistischen Arbeiter. Der „Segen“ des Parlamentarismus befandete sich in dem Wüten des weißen Terrors in unzähligen Arbeitermorden. Frieden und Waffenstillstand kann es nicht mehr geben, es gibt kein Teilen der Macht mehr mit Junkern, Kapitalisten und Pfaffen, es gibt nur eines und das ist die Aufrichtung der Macht des Proletariats. „Die Zeiten sind vorüber, daß das Geschnatter von Gänsen das Kapitol“ retten kann, wie auch parlamentarische Arbeiterführer nicht mehr die deutsche Bourgeoisie, die lebende Leichname vor dem Verhängnis bewahren können. Braunschweigs „reinsozialistische Arbeiterregierung“ zeigt uns die Erniedrigung des Klassenkampfes zur würdelosen Komödie, zeigt uns die Erfüllung des Marxschen Wortes: „das allgemeine Wahlrecht scheint nur einen Augenblick überlebt zu haben, damit es eigenhändig vor den Augen aller Welt sein Testament mache und im Namen des Volkes selbst erkläre: Alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht.“

Der Geschäftsführer der Bourgeoisie, der Sattlergeselle und ehemalige Schnapsbudiker Friedrich Ebert manövriert hin und her um nicht im Moor mit seinen Irrlichtern zu versinken. Er führt die Geschäfte und wer die Geschäfte der Bourgeoisie führt, muß die Stimme des Proletariats zum Schweigen bringen. Es erscheint Knüppel-Kunze mit seiner

Guldigung und seiner Bereitschaft mit Bileams Esel zu regieren. Stresemann forderte nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regieren, Wiederherstellung der Staatsautorität und Zuverlässigkeit der Reichswehr, alles schöne Sachen für die Großindustrie und was bleibt für das Proletariat? (Mein Vater [die Bourgeoissozialisten] hat euch mit Nuten gezüchtigt, ich aber werde Euch mit Skorpionen züchtigen.)

Und ein geschäftiger Herr wie Herr Friedrich Ebert hat geschäftige Diener. Da ist Hermann Müller, der als Kundschafter bei einem Indianerstamme sich eher bewähren könnte, auf die Suche gegangen und ist unverrichteter Sache wieder heimgezogen. Und die Regierung der Verlegenheit beauftragt Dr. Heinze Vorf, der deutschen Volkspartei, sie beauftragt den Zentrumsführer Trimborn, mit der Kabinettsbildung kein Erfolg, sie bietet Dr. Mayer, Kaufbeuren, dem Abgeordneten Fehrenbach den Sessel Hermann Müllers an aber Kenner wissen, daß der Holzwurm die Füße des Sessels zerstört hat, und damit ein Rutsch in die Tiefe in Aussicht steht. Aber trotzdem wird die Verlegenheit der Regierung eine Regierung der Verlegenheit auf die Beine bringen und Friedrich Ebert, der ruhende Pol in der Flucht der Erscheinungen er wird weiter zusehen, wie das wilhelminische Offizierkorps mobilisiert und Proletarier meuchelt. Der Staatsstreik, der im Hintergrunde lauert, wird es in die Köpfe der ausgebeuteten Proletarier hämmern in den Abwehrkampf zu treten gegen Ausbeutung, Vergewaltigung und Unterdrückung. Und dann gehört auch Ebert ins Grab der Vergangenheit, und alle Regierungskrisen sind gelöst. Es ist das Ende der politischen Notstandsfinder. Der Ausgangspunkt der proletarischen Revolution.

Der Steuerabzug ein Geschenk der Gewerkschafts-Bürokratie.

Der zehnprozentige Steuerabzug vom Lohn, der jetzt Tatsache wird, ist eine besondere Form rücksichtsloser Ausplünderung, zu der die Bourgeoisie greift, um ihre Existenz zu sichern und den Ansprüchen der Kapitals-Allianz zu genügen. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist groß. Verschiedentlich — so im Senftenberger Revier — hat man beschlossen, die Betriebsverwaltungen mit Gewalt zu zwingen, die Bestimmungen über den Steuerabzug nicht auszuführen und den Lohn in alter Höhe weiterzuzahlen. Wie man es in der Hand hatte, durch Nichtausführung des Gesetzes über Schaffung reformistischer und gegenrevolutionärer Betriebsräte diesem Gesetz zu keiner politischen Realität zu verhelfen, so hat es die Arbeiterschaft auch heute in der Hand, durch praktische Aufhebung der Bestimmungen über den Steuerabzug die Absichten der Bourgeoisie zu durchkreuzen. Eine Arbeiterschaft, die Kurage hat, zwingt in ihrem Betrieb den Unternehmer, zwingt auch die Betriebsräte zur Nichtbeachtung der Bestimmungen über den Steuerabzug. Mag sich dann der Unternehmer mit den Steuerbehörden auseinandersetzen.

Es ist in den Betrieben gesagt worden, die Gewerkschaften müßten sofort in eine Lohnbewegung eintreten, um die abgezogene 10 Prozent durch entsprechende Lohnaufbesserung wieder auszugleichen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird in dieser Angelegenheit auch nicht einen Finger krumm machen. Den Steuerabzug vom Lohn hat die Regierung riskiert, nachdem sie sich des Einverständnisses der hohen Gewerkschaftsbürokratie vergewissert hatte. Mit deren Zustimmung kam das Gesetz zustande und unter deren Schutz wird es ausgeführt. Man sagt, die empörten Mitglieder können die Gewerkschaften zwingen, Streik zu führen. Nein das können sie nicht! Die in den Aemtern sitzende hohe und mittlere Gewerkschaftsbürokratie kann nicht von heute auf morgen entfernt werden, jeder, der die Statuten der Gewerkschaften, der Kartelle und des Bundes kennt, weiß das. Kein Streik ist möglich, den nicht die Bürokratie will.

Und wenn man sie mit Prügeln aus ihren Aemtern jaggen würde, — sie hat die Kassen, d. h. die Kassen, die sich in Obhut der Banken, die nur auf Unterschrift der Bürokratie zählen.

Der Kampf gegen den Steuerabzug ist selbstverständlich keine revolutionäre Aktion, er ist höchstens eine Aktion, die die Gewerkschaften, denen die Arbeiterschaft den Steuerabzug zu verdanken hat. Selbstverständlich kann die scheinbar geringste Ursache der Ausgangspunkt großer revolutionärer Bewegungen werden. Es gibt viele Stellen, wo der Hebel gesetzt werden kann, um die Maschinerie einer unhaltbar gewordenen Wirtschaftsweise zum Stehen zu bringen und das Ende der kapitalistischen Verfallsperiode in Deutschland zu beschleunigen. Aber wie die Dinge liegen, wird der Steuerabzug nur viel Murren auslösen, aber weiter nichts. Die Gewerkschaften haben den Triumph, die Massen fest im Joch zu haben. Wird das Murren laut, dann wird die Komödie von der Revolutionierung der Gewerkschaften gespielt, auf die bisher immer noch Hunderttausende hineingefallen sind.

Und die U. S. P.?

Däumig zieht ins Parlament, um es von innen heraus zu bekämpfen, nicht um positive Arbeit zu leisten — sagt er. Wie diese Sprengung des Parlaments in der Praxis aussehen wird, zeigt die „Freiheit“ in ihrer Stellungnahme zum Steuerabzug. Es heißt da: Wir wiederholen, daß der Reichstag es als eine seiner ersten Aufgaben betrachten muß, dieses Ausnahmegesetz gegen die minderbemittelte Bevölkerung zu beseitigen.

Aus dem Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

„Wir kämpfen nur mit geistigen Waffen!“ so sprach einst Herr Dr. Wagner, weiland Arzt und Spartakushauptling in Hanau a. M., in einer öffentlichen Versammlung. Warum wir dies den Arbeitern ins Gedächtnis rufen, wollen wir hier gleich erläutern. Am Montag 28. Juni war von der Ortsgruppe Hanau der K. A. P. eine öffentliche Versammlung nach dem Saalbau einberufen worden, in der die Gen. Wolffheim und Laufenberg sprechen sollten. Die Versammlung war gut besucht, denn auch der Spartakusbund hatte seine Mannen dazu eingeladen. Genosse Laufenberg wurde in seiner zweistündigen Rede mit keinem Worte unterbrochen, im Gegenteil muß man sagen, daß seiner Rede mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt wurde. Nachdem Genosse Laufenberg geschlossen, verlangte Schnellbacher das Wort zur Diskussion, obwohl Gen. Wolffheim noch als zweiter Referent vorgesehen war. Wolffheim verzichtete darauf auf sein Referat. Schnellbacher langweilte dann die Versammlungsbesucher in wüsten Angriffen gegen die K. A. P. und U. S. P. bis 10 Minuten vor Polizeistunde. Als hierauf Genosse Wolffheim im Schlusswort die Vögel Schnellbachers aufzudecken versuchte, sprang die Führerklippe (Schnellbacher, Handke und Wagner) auf die Tische und ergingen sich in einem Kriegsgeschrei nach Humenart gegen Wolffheim und Laufenberg. Man schreckte sogar vor Aufreizung zu Tätlichkeiten nicht zurück. Und der Intellektuelle, Arzt, Landrat und Polizeidirektor a. D. Dr. Gg. Wagner, der später bei jeder Gelegenheit, wenn er nur einen Nostiden roch, nach Frankfurt, Bad Nauheim oder Baden-Baden ausritt, verkügte sich sogar zu dem Ausruf: „Seht doch auf die Bühne, und schlägt sie tot.“ Das sind die „geistigen“ Waffen der Hanauer Spartakisten.

Die Diktatur des Proletariats. Über dieses Thema sprachen die Genossen Wolffheim und Laufenberg in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung der K. A. P. im Billertal. Genosse Wolffheim gab eine klare Erklärung über den Begriff Diktatur des Proletariats. Im Gegensatz zur formalen oder „reinen“ Demokratie, jener Ideologie der bürgerlichen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die doch in einer auf Klassengegensätze beruhenden Gesellschaft, nur eine einzige geschichtliche Lüge sein konnte, vom Weltimperialismus endgültig zu Grabe getragen, verwirklicht die Diktatur des Proletariats, indem sie die Klassengegensätze beseitigt, die proletarische Demokratie, d. h. die Herrschaft aller Schaffenden. Und im Räteystem, jene spezifische Herrschaftsform des Proletariats zur Verwirklichung des Kommunismus, wird zur Wahrheit, was nur Traum aller dahingegangenen Geschlechter war. Genosse Wolffheim wies ferner nach, wie es dem deutschen Proletariat vorbehalten bleibt, wieder den Partikularismus der Einzelstaaten, die Einheit der Nation zu verwirklichen, die doch die Voraussetzung für die proletarische Internationale, die Nation, das freie Volk, die notwendige Grundlage bildet.

Anschließend entwickelte Genosse Laufenberg die weltpolitischen Zusammenhänge und wies nach, wie der Weltimperialismus umschlägt in Weltrevolution und zog die daraus für das Proletariat sich ergebenden Konsequenzen: die Organisation des Proletariats als Klasse auf Grundlage der Betriebsorganisation. Die Organisationen

wie überhaupt alle menschlichen Einrichtungen dem Wechsel unterliegen, steht das Proletariat vor der Aufgabe, seine Klassenorganisation den veränderlichen Bedürfnissen der Welt anzupassen. Auch die scheinbar stabilen Organisationen unterliegen dem dialektischen Gesetz in der Geschichte. Das Proletariat kann sich nur im Kampf gegen seine Führer durchsetzen. Mit den Worten aus „Toll“: „Das alte und neue Geben bildet aus den Ruinen“

„Mittels der von Voruhr in Voruhr hat sich infolge der Größe des Diktats keine Teilung des Landes als erforderlich herausgestellt. Die Teilung ist nunmehr durchgeführt und gehören von nun an alle Genossen, die nördlich von Mainz und Wiesent (bis Seelbach) wohnen, zum Distrikt nördliches Vorheim, alle südlich von Wiesent und Mainfrstraße wohnenden Genossen gehören zum Distrikt südliches Vorheim.“

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen. Der Ärzteverein teilt mit: Als Ergebnis des Zentralabkommens zwischen Ärzten und Krankenkassen ist in Frankfurt a. M. zwischen dem Ärzteverein und den Vereinigten Krankenkassen ein neuer Vertrag zustande gekommen, indem an Stelle der Pauschalbezahlung die Honorierung der Einzelleistung nach den Sätzen des zentralen Schiedsspruches treten wird. Der vertragslose Zustand wird daher am 30. Juni, nachts 12 Uhr, aufhören. Die Kassenmitglieder werden dann von den Ärzten wieder ohne Barzahlung behandelt und es werden wieder Krankenkassenscheine ausgestellt.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M. Druck: G. Cerk, Frankfurt a. M.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden sämtliche öffentliche und geschlossene Mitgliederversammlungen der K. A. P. D. Wirtschaftsbezirk Frankfurt bekannt gemacht.)

Ortsgruppe: Frankfurt a. M.

Samstag, 3. Juli

Aktionsausschussitzung

Montag, 5. Juli, abends 7 Uhr

Fortsetzung der Allg. Mitgliederversammlung
im Rechneraal, Langestr. 29

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Programm.
2. Wahl eines Delegierten zum Parteitag.
3. Verschiedenes.

Freie sozialistische Jugend.

Die Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch und Samstag abends 1/2 8 Uhr im Reform-Restaurant „Freya“, Gr. Bockenheimerstraße 351 statt.

Mittwoch, 7. Juli, abends 1/2 8 Uhr:

Fortsetzung des Kursus über den Wissenschaftlichen Sozialismus.

Samstag, 10. Juli, abends 1/2 8 Uhr:

Vortrag mit Diskussion über den sog. „Nationalkommunismus“

Mainz

Der Schriftenvertrieb und Vertrieb der
„Roten Fahne“

liegt in den Händen des Genossen
Ludwig Limpert, Wallauerstr. 72.

Dortselbst werden auch Bestellungen auf
Broschüren und Inserate
entgegengenommen.

Allgemeine Arbeiter-Union

(Ortsgruppe Frankfurt a. M.)

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 6. Juli 1920, abends 7 Uhr
in der Hopfenblüte, Heiligkreuzgasse 20.

Tagesordnung:

- I. Geschäftsbericht
 - II. Zeitungsfrage.
- Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Aktionsausschuss.